VKIB
Vereinigung Kommunaler Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung in Bayern e.V

Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderung

Holger Kiesel

Geschäftsstelle des Behindertenbeauftragten, 80792 München

Herrn Bundeskanzler
Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Herr CSU-Vorsitzender
Dr. Markus Söder
Franz-Josef-Strauß-Ring 1,
80539 München

30.07.2025

OFFENER BRIEF - Mehr Inklusion jetzt!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz, sehr geehrter Herr CSU-Vorsitzende Dr. Söder,

mit dem Koalitionsvertrag Ihrer Regierung verbanden gerade die Menschen mit Behinderung große Hoffnungen auf mehr Teilhabe und Inklusion. Einen ersten Dämpfer erhielten die Betroffenen durch die Aussagen, dass Kostensteigerungen im Sozialwesen und insbesondere der Eingliederungshilfe von mehr als 10 % jährlich nicht länger hinnehmbar seien. Dankenswerterweise stellten Sie anlässlich der Regierungsbefragung am 9. Juli 2025 auf Frage von Frau MdB Heubach klar, dass Inklusion und Teilhabe wichtige Themen für die Bundesregierung seien und keine Kostenreduktionen im Bereich der Eingliederungshilfe geplant seien, es vielmehr um Effizienzsteigerungen ginge.

Umso größer war das Erschrecken bei den Menschen mit Behinderungen, als nun bekannt wurde, dass der Versand des Referentenentwurfs zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes in der Ressortabstimmung vom CDU-geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und vom CSU-geführten Bundesministerium des Inneren blockiert wurde. Dies erinnert fatal an den September 2024, als die damals FDP-geführten

Ministerien den Gesetzgebungsprozess verhinderten, sodass die notwendige Reform unter der Ampel-Regierung nicht mehr verabschiedet werden konnte.

Uns alle treibt die Angst um, dass im Bereich Barrierefreiheit, Teilhabe und Inklusion allgemein immer weitere Rückschritte gemacht und nicht die notwendigen Fortschritte erzielt werden, die für eine wirklich wahrhaft inklusive Gesellschaft notwendig wären – und dies mittlerweile 16 Jahre nach Unterschrift und Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention – in der sich Deutschland zu gleichberechtigter Teilhabe und Inklusion aller Menschen verpflichtet hat.

Die barrierefreie Umgestaltung unserer Gesellschaft wäre der konsequente Schritt hin zur Eindämmung der Kostensteigerungen bei der Eingliederungshilfe, da erst die vielen noch vorhandenen Barrieren dazu führen, dass der Hilfebedarf von Menschen mit Behinderung steigt bzw. hoch bleibt. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention darf dabei nicht als Schönwetterprojekt verstanden werden, die erst dann erfolgt, wenn die entsprechenden Mittel vorhanden sind. Vielmehr geht es dabei um universale Menschenrechte der Betroffenen, die umzusetzen und einzuhalten sind! Andere Freiheits- oder Gleichheitsrechte wurden und werden mit Recht zu keinem Zeitpunkt zur Disposition gestellt.

Wir fordern Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler und sehr geehrter Herr CSU-Vorsitzender, auf, mit einem Machtwort dafür zu sorgen, dass das Gesetz wie geplant noch vor der Sommerpause im Bundeskabinett und noch dieses Jahr vom Bundestag verabschiedet werden kann. Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen, denn Sie wissen, wie wichtig die Barrierefreiheit und Inklusion für die Betroffenen ist. Bitte helfen Sie, dass Deutschland im Bereich der Inklusion zu einem Vorreiter wird und die Werte einer gleichberechtigten Gesellschaft hochhält!

Mit freundlichen Grüßen

Frank Reinel
Landesvorsitzender VKIB e.V.

Holger Kiesel
Beauftragter der Staatsregierung

Mit Unterstützung von:

LIGA Selbst-Vertretung

SELBSTHILFE LAG BAYERN

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

unabhängig. solidarisch. stark.

VbA Selbstbestimmt Leben e.V.